



Beim gut angenommenen E-Bürgerauto-Projekt im Landkreis war neben dem niederschweligen, kostenfreien Zugang vor allem das Engagement der ehrenamtlichen „Kümmerer“ entscheidend.

Projekt E-Bürgerauto: MYK zieht positive Bilanz

Mayen-Koblenzer haben drei Jahre lang kostenfrei Elektromobilität getestet und bei 600.000 gefahrenen Kilometern 54 Tonnen CO₂ eingespart

Kreis MYK. Nach drei Jahren Laufzeit ist das vom Landkreis Mayen-Koblenz initiierte Modellprojekt „E-Bürgerauto MYK“ im Mai planmäßig ausgelaufen. Ende Juni trafen sich alle Projektbeteiligten zum offiziellen Abschluss, bei dem die beiden Klimaschutzmanager der Kreisverwaltung René Leßlich und Nico Hickel eine überaus positive Rückmeldung zum Projekt erhielten. Ziel des Einsatzes der E-Bürgerautos war es, den Mayen-Koblenzern die Möglichkeit zu geben, Elektromobilität kostenfrei und unkompliziert im Alltag zu testen. Am Projekt teilgenommen hatten acht der zehn kreisangehörigen Kommunen – die Verbandsgemeinden Mendig, Pellenz, Maifeld, Rhein-Mosel, Weißenthurm sowie die Städte Andernach, Mayen und Bendorf.

Zwischen Mai 2022 und April 2025 registrierten sich über die Plattform

regiomobil.net rund 2.600 Nutzer. Insgesamt wurden die acht zur Verfügung gestellten Elektrofahrzeuge mehr als 12.000 Mal gebucht. Davon wurden rund 7.300 Buchungen tatsächlich wahrgenommen. Die E-Autos legten dabei gemeinsam eine Fahrleistung von knapp 600.000 Kilometern zurück – gegenüber Verbrenner-Fahrzeugen konnte somit eine CO₂-Einsparung von knapp 54 Tonnen erzielt werden.

Dass die Anzahl der Buchungen mit mehr als 12.000 deutlich über den tatsächlichen Nutzungen lag, hängt unter anderem mit kurzfristigen Stornierungen, technischen Ausfällen oder bewusst ausgesprochenen Ausschlüssen bei wiederholtem Missbrauch durch einzelne Nutzer zusammen. Besonders häufig kamen die E-Autos in den Verbandsgemeinden Rhein-Mosel mit 1.484 Buchun-

gen und Weißenthurm mit 1.306 Buchungen zum Einsatz. Die Nutzung umfasste vor allem alltägliche Fahrten wie Einkäufe, Arzttermine, Arbeitswege und Familienbesuche – aber auch reine Probefahrten, um das Fahrgefühl von E-Mobilität zu erleben.

Die Projektverantwortlichen führen den Erfolg des Projekts auf mehrere Faktoren zurück: Neben dem niederschweligen, kostenfreien Zugang war vor allem das Engagement der ehrenamtlichen „Kümmerer“ an den Standorten entscheidend. Sie sorgten für die Einsatzbereitschaft und Pflege der Fahrzeuge. Ohne dieses bürgerschaftliche Engagement wäre das Projekt in dieser Form nicht umsetzbar gewesen.

Aufgrund des noch ausstehenden Rechnungsabschlusses für die Fahrzeuge, können die Gesamtausgaben vorerst nur geschätzt werden.

Diese liegen voraussichtlich bei rund 270.000 EUR. Die Kommunen haben davon im dritten Projektjahr die Leasingkosten der Fahrzeuge von insgesamt rund 40.000 Euro übernommen. Zudem trugen die Kommunen von Anfang an die Kosten für das Stromladen der Fahrzeuge einschließlich der Installation und dem Betrieb der Ladeinfrastruktur.

Die Rückmeldungen der Projektgemeinden sind durchweg positiv. Das Projekt „E-Bürgerautos“ hat nicht nur den Zugang zur Elektromobilität erleichtert, sondern auch einen wertvollen Impuls für den Ausbau nachhaltiger Mobilitätsangebote in der Region gegeben. Ob und in welcher Form ähnliche Carsharing-Konzepte künftig lokal weitergeführt werden, wird nun gegebenenfalls in den jeweiligen Kommunen diskutiert. Darüber hinaus zeigten einzelne Rückmeldun-

gen aus der Bevölkerung, dass einige Teilnehmende nach der Nutzung tatsächlich ein eigenes E-Fahrzeug angeschafft haben oder zumindest mit dem Gedanken daran spielen.

In Zahlen

54

Tonnen CO₂ konnten im Rahmen des E-Bürgerauto-Projektes in etwa eingespart werden – wenn man davon ausgeht, dass Verbrenner (Benzin/Diesel) durchschnittlich ca. 150 g CO₂ pro Kilometer und E-Autos durchschnittlich ca. 60 g CO₂ pro Kilometer (in reinem Fahrbetrieb und bei Nutzung von Strommix) erzeugen.



Freuen sich gemeinsam mit den Absolventen 2025, die alle im Beamtenverhältnis auf Probe übernommen wurden: Landrat Marko Boos (rechts), der Erste Kreisbeigeordnete Pascal Badziong (von links), Büroleiterin Petra Kretzschmann, Personalratsvorsitzende Heike Breittbach sowie Ausbildungsbeauftragter Peter Klöckner.

Anwärter folgen auf stolze Absolventen

17 Nachwuchskräfte starten in der Kreisverwaltung

Kreis MYK. Ein bedeutender Tag für 32 junge Menschen im Kreishaus Mayen-Koblenz: Während 15 Absolventen voller Stolz ihre Ernennungsurkunden und Abschlusszeugnisse entgegennahmen, starteten gleichzeitig 17 neue Anwärter ihre Ausbildung beziehungsweise ihr Duales Studium bei der Kreisverwaltung. Damit beginnt

für viele ein neuer Lebensabschnitt – geprägt von Vorfreude, Spannung und ambitionierten Zielen. Gemeinsam engagieren sich die Nachwuchskräfte für die Bürgerinnen und Bürger des Landkreises und stellen sich aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen sowie den komplexen Aufgaben einer modernen Verwaltung.

Landrat Marko Boos betonte bei der feierlichen Übergabe: „Eine leistungsfähige Verwaltung braucht engagierte und gut qualifizierte Mitarbeitende.

Deshalb ist es für uns als Kreisverwaltung besonders wichtig, jungen Menschen Perspektiven zu bieten und sie intensiv auf ihre Aufgaben vorzubereiten. Die heutigen Absolventinnen und Absolventen haben eindrucksvoll gezeigt, was mit Fleiß und Motivation möglich ist – ich freue mich sehr, dass viele von ihnen ihren Weg weiterhin mit uns gehen werden.“

Die Ausbildung der Anwärterinnen und Anwärter im dritten Einstiegsamt erfolgt im Rahmen eines dreijährigen dualen Studiums an der Hochschule für öffentliche Verwaltung in Mayen und schließt mit dem akademischen Grad Bachelor of Arts ab. Die Auszubildenden im zweiten Einstiegsamt absolvieren eine zweijährige praxisorientierte Ausbildung zum Verwaltungswirt.

Jetzt für 2026 bewerben: Die Bewerbungsfrist für den Ausbildungs- bzw. Studienbeginn am 1. Juli 2026 endet am 31. August 2025. Alle Infos zur Ausbildung bei der Kreisverwaltung gibt es unter www.kvmyk.de/ausbildung oder beim Ausbildungsbeauftragten Peter Klöckner, Tel. 0261/108-226, E-Mail: peter.kloeckner@kvmyk.de



Landrat Marko Boos begrüßte 17 neue Nachwuchskräfte im Kreishaus.

1.111 neue Balkonkraftwerke mithilfe von Landesmitteln im Kreis gefördert

Dank der Solaranlagen können in MYK 800.000 kWh Strom gewonnen und 4.590 Tonnen CO₂ eingespart werden

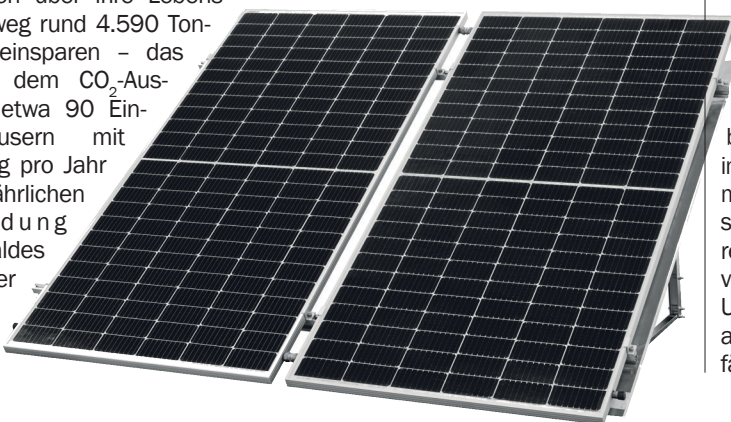
Kreis MYK. Das Zuschussprogramm für Balkonkraftwerke im Landkreis Mayen-Koblenz war ein voller Erfolg: Insgesamt sind zwischen August 2024 und Mai 2025 1.111 Förderanträge positiv beschieden worden. Die Nachfrage war so groß, dass die bereitgestellten Mittel in Höhe von 150.000 Euro bereits im Mai 2025 vollständig ausgeschöpft waren. Jedes Balkonkraftwerk wurde mit einer durchschnittlichen Summe von etwa 135 Euro gefördert.

„Die überwältigende Resonanz zeigt, dass die Bürgerinnen und Bürger aktiv zum Klimaschutz und zur Steigerung der eigenen Energieautarkie in Zeiten globaler Unsicherheiten und energiepolitischen Krisen beitragen möchten“, betonen die beiden Klimaschutzmanager der Kreisverwaltung Nico Hickel und René Leßlich. Das Zuschussprogramm, das aus Mitteln des Landes Rheinland-Pfalz im Rahmen des Kommunalen Investitionsprogramms für Klimaschutz und Innovation (KIPKI) finanziert wurde, hat regionale Investitionen von rund 950.000 Euro angestoßen. Die geförderten Balkonkraftwerke haben eine Gesamtleistung von 1.240 Kilowatt und können über ihre Lebensdauer hinweg rund 4.590 Tonnen CO₂ einsparen – das entspricht dem CO₂-Ausstoß von etwa 90 Einfamilienhäusern mit Gasheizung pro Jahr oder der jährlichen CO₂-Bindung eines Waldes von der Größe von 293 Fußballfeldern.

Diese Balkonkraftwerke erzeugen dabei jährlich über 800.000 kWh regenerativen Solarstrom im Landkreis.

Das niederschwellige und digitale Antragsverfahren der Kreisverwaltung ermöglichte es allen Bürgern im Landkreis, schnell und unkompliziert einen Zuschuss von 33 Prozent der Anschaffungskosten, maximal jedoch 150 Euro, zu beantragen. „Wir freuen uns sehr, dass wir von vielen Bürgerinnen und Bürgern ein positives Feedback auf das unbürokratische Antragsverfahren und die finanzielle Unterstützung bei der Energiewende vor Ort erhalten haben. Effiziente Digitalisierung und Klimaschutz können und müssen Hand in Hand gehen“, sagt der Erste Kreisbeigeordnete Pascal Badziong.

Für die Zukunft plant das Klimaschutzmanagement weitere Maßnahmen zur Erreichung der Klimaneutralität im Landkreis bis zum Jahr 2040. Dabei werden angesichts der positiven Marktentwicklung und der deutlichen Preissenkungen in der Solartechnik zukünftige Förderprogramme gezielt auf ihre Wirksamkeit und Effizienz geprüft.



Mein Thema

Landrat
Marko Boos
zur aktuellen
Haushaltssperre



Eine schwierige, aber notwendige Entscheidung

Liebe Mayen-Koblenzern, liebe Mayen-Koblenzer, wie Sie sicherlich mitbekommen haben, habe ich im Juni eine Haushaltssperre verhängt. Diese Entscheidung ist mir nicht leicht gefallen – aber sie war notwendig.

Haushaltsslage 2025:
Von Anfang an unter Druck

Schon im vergangenen Jahr war klar: Der Haushalt für 2025 würde eine große Herausforderung werden. Nur mit viel Anstrengung und zahlreichen Einsparungen ist es uns gelungen, einen ausgeglichenen Haushalt aufzustellen. Aber schon damals war bekannt: Es gibt Risiken. Und leider ist jetzt eingetreten, was damals befürchtet wurde: Wir stehen aktuell sehr nah an unserer finanziellen Belastungsgrenze.

Warum wir handeln mussten

Der Höchstbetrag der Liquiditätskredite – also die Grenze, wie viel Geld dem Kreis kurzfristig für laufende Ausgaben zur Verfügung stehen – ist fast erreicht. Deshalb mussten wir handeln, um die Zahlungsfähigkeit des Landkreises sicherzustellen.

Was die Haushaltssperre konkret bedeutet

Konkret bedeutet die Haushaltssperre: Alles, was gesetzlich vorgeschrieben ist oder bereits vertraglich zugesagt wurde, wird selbstverständlich weiterbezahlt. Dazu gehören zum Beispiel unsere Aufgaben in der sozialen Sicherung, in der Kinder- und Jugendhilfe oder bei der Schülerbeförderung. Was wir aber tun müssen: Projekte und freiwillige Leistungen, die wir rechtlich nicht zwingend leisten müssen und die sich verschieben lassen, stellen wir zunächst zurück. Diese Entscheidungen treffen wir mit Augenmaß – und immer mit Blick auf die Zukunftsfähigkeit unseres Landkreises.

Hätte eine höhere Kreisumlage jetzt geholfen?

Der Haushalt und die Zahlungsströme sind eine überaus komplexe Angelegenheit. Und man kann sich natürlich jetzt die Frage stellen, warum wurde in den vergangenen Haushaltsberatungen nicht einfach die Kreisumlage erhöht, dann hätte man das Problem doch gar nicht. Das allerdings stimmt so nicht ganz, denn bei einer Erhöhung der Kreisumlage fließt das Mehr an Geld von den Kommunen zum Kreis nicht direkt mit Beginn des neuen Haushaltsjahres, sondern erst ab dem 15. August. Für die aktuelle Situation hätte das keine Entlastung gebracht. Außerdem war es immer unser Ziel im Landkreis, die Belastung für unsere Kommunen so moderat wie möglich zu halten.

Unerwartete Belastungen haben zum Engpass geführt

Der Grund für den derzeitigen Engpass liegt vor allem in unerwartet hohen Ausgaben im sozialen Bereich und deutlich geringeren Zuweisungen des Landes, etwa bei der Schülerbeförderung. Diese Belastungen waren so in der Haushaltsplanung nicht vorhersehbar.

Klares Ziel:
Handlungsfähigkeit erhalten

Ich kann Ihnen aber versichern: Wir behalten die finanzielle Lage genau im Blick. Die Verwaltung arbeitet mit Hochdruck daran, die Liquidität sicherzustellen und mögliche Risiken rechtzeitig zu erkennen. Wir handeln verantwortungsvoll und transparent. Unsere Aufgabe ist es, den Landkreis auch in schwierigen Zeiten handlungsfähig zu halten – und genau das tun wir.